

Zugriff statt Angriff

Die Bundesrepublik steht vor einer **Richtungswahl**:
Noch mehr Umverteilung – oder Leistungsanreize? So
oder so aber bleibt Deutschland ein Hochsteuerstand-
ort. Viele versprochene Steuerentlastungen sind zu
gering, und selbst deren Finanzierung ist unklar.

TEXT CHRISTIAN RAMTHUN, SONJA ÁLVAREZ



Das Familienunternehmen aus Schrobenhausen existiert seit 1790, es hat die Wirren der Napoleoni-schen Besatzung, Revolutionen, Weltkriege, Wirt-schafts- und Währungskrisen überstanden. Und sich weltweit einen guten Namen im Spezialtiefbau erarbeitet. Die Bauer Gruppe hat dafür gesorgt, dass der welthöchste Wolkenkratzer Burj Khalifa in Dubai sicher ruht oder auch der Lakhta Tower in Sankt Petersburg, das höchste Gebäude Europas. Die Bohrfähle aus Bayern ragen bis zu 80 Meter in die Tiefe; auch die dafür notwendigen Ma-schinen stellt man in Schrobenhausen her: stabile Verhältnisse.

Und genau die wünscht sich Thomas Bauer auch von der Politik. Wenn der Inha-ber in siebter Generation in diesen Tagen über sein Unternehmen am Strandort D spricht, schwingt neben Stolz auch viel Wut mit: Im Falle einer rot-grün-roten Koalition drohe die „schlimmste aller Steuern“, sagt Bauer: die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Was das für sein Unternehmen bedeu-ten würde? Bauer rechnet vor: Der Gewinn nach Steuern beträgt bei 1,5 Milliarden Euro Umsatz und 2,5 Prozent Rendite 37,5 Millionen Euro. Der Wert der Firma würde vom Fiskus mit 560 Millionen Euro taxiert; eine einprozentige Vermögensteuer schlage also mit 5,6 Millionen Euro jährlich zu Buche. Dem stehen Ausschüttungen an die Aktio-näre gegenüber, üblicherweise ein Viertel des Gewinns, also 9,4 Millionen Euro. Dann blieben 3,8 Millionen für alle Gesellschafter – bei einem Weltkonzern mit rund 11 000 Beschäftigten. Und wie sähe es bei fünf Pro-zent Vermögensteuer aus, wie von der Lin-ken gefordert? „Da braucht man nicht mehr nachzudenken“, sagt Bauer. Dann müssten die Familienmitglieder „runterbeißen“, also Unternehmensanteile verkaufen, und: „Der Schmerzpunkt wäre deutlich überschritten.“

Soll sich wirtschaftliche Leistung in die-sem Land bald wirklich nicht mehr auszah-len, unternehmerischer Erfolg sich nicht mehr lohnen? Wollen wir wirklich die Über-nahme von Verantwortung und das Bereit-stellen von Arbeitsplätzen monetär bestra-fen? Spätestens seit die Linken sich bei SPD und Grünen anbieten, um „die Gesellschaft zu verändern“, steht die Wiedereinführung der Vermögensteuer tatsächlich wieder im politischen Raum. Und mehr noch: Die Bundestagswahl wird zur Abstimmung über

Grundsatzfragen: höhere oder niedrigere Steuern, mehr Umverteilung oder weniger, Vorfahrt für den Staat oder den Markt? Und über allem steht die Frage: Wie hält das Land es mit seinen Entrepreneuren und Mana-gern, Unternehmern und Selbstständigen – mit denen, die was wagen und den Laden wortwörtlich am Laufen halten?

FDP-Chef Christian Lindner ist der ein-zige Spitzenkandidat, der keine Steuererhö-hungen verspricht: „Im Gegenteil, wir wol-len private Investitionen, private Rücklagen und private Lebenssträume stärken.“ Es gehe um die Leitentscheidung, nach einem Jahr-zehnt der Belastung zur Entlastung der Bür-ger und Firmen überzugehen, so Lindner im Interview mit der WirtschaftsWoche.

Hört sich gut an. Aber kann er sein Ver-sprechen auch halten? Die CDU hat ihre Ent-lastungsversprechen bereits teilweise wieder eingeholt. Und sowohl Unionskanzlerkandi-dat Armin Laschet als auch Lindner werden schmallippig, wenn die Rede auf die Finan-zierung ihrer Politikvorhaben kommt.

Der Favorit im laufenden Wahlkampf will derweil hauptsächlich untere und mittlere Einkommensbezieher entlasten. Wohlha-bende und Reiche wie er selbst, so SPD-Kan-didat Olaf Scholz, könnten ruhig noch einen höheren „Beitrag leisten“. An Unternehmen, die die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands sichern, denkt er dabei nur am Rande: „Die Frage wird fast völlig ausgeblen-det“, empört sich Rainer Kirchdörfer, der bei der Stiftung Familienunternehmen und Poli-tik vor allem große mittelständische Firmen

vertritt: „Die Steuererhöhungspläne von SPD, Grünen und Linken sind eine Kampf-ansage.“

Natürlich, er muss das sagen. Aber die Sorgen der Wirtschaftslobbyisten sind nicht deshalb unbegründet, weil sie sich alle vier Jahre wiederholen. Schon gar nicht diesmal.

Direkt im Regierungsviertel hat eine in-ternational tätige Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft ihre Berliner Depen-dance: Hier melden sich seit einigen Mona-ten Wohlbetuchte, die ins Ausland ziehen wollen, nach Österreich, Norditalien oder Portugal, Hauptsache, raus aus Deutsch-land. „Einen solchen Ansturm hat es in den vergangenen 20 Jahren nicht gegeben“, sagt ein Berater für internationales Steuerrecht. Erst heute Morgen, erzählt der Partner, habe ihm ein Unternehmer eine Mail geschrieben und zur Eile gedrängt, bevor Rot-Grün-Rot alles zerschieße.

Das Fass ist übergelaufen

Der Wegzugsexperte spürt bei seinen Mandanten – typischerweise 50 Jahre alt und mehr, Familienunternehmer, noch aktiv – eine Mischung aus Unzufriedenheit, Ent-täuschung und Wut. Die Grundstimmung: Ich habe hart gearbeitet. Uns wird jetzt alles weggenommen. Wir haben Angst. Eine aus-lösende Rolle habe möglicherweise gespielt, dass die große Koalition vor einem Jahr den Solidaritätszuschlag für alle abschaffte – nur nicht für die Wohlhabenden. Eine Art Fanal sei das gewesen, ein Gefühl des Ausge-grenztwerdens sei seither entstanden. Unzu-frieden sei man auch mit der Coronapolitik. Die Forderung nach einer Vermögensteuer bringe bei vielen das Fass zum Überlaufen.

Die Politik scheint diese Dynamik nicht zu spüren, nicht zu begreifen oder nicht wahrnehmen zu wollen. Sie geht nonchalant über die Ängste der Unternehmer und steu-erlichen Hochleistungsträger hinweg. Selbst Laschet, dessen CDU stets politische Heimat für viele Selbstständige und Unternehmer gewesen ist, zeigt keine klare Haltung, wenn es um die endgültige Abschaffung des Solida-ritätszuschlags und Steuersenkungen geht. Im Sofortprogramm, das Laschet Anfang der Woche vorstellte, geht es um Arbeitneh-merpauschbeträge und die Pendlerpauschale – um Rädchen in der riesigen Steuerum-verteilmasschinerie. Eine Agenda für Leistungsträger? Fehlanzeige.

Derweil geht das linke Spektrum der Parteien auf Stimmenfang mit der Ansage, Gutverdiener zugunsten der Normal- und Geringverdiener zur Kasse zu bitten. Immerhin, an Ehrlichkeit mangelt es nicht: Wir wollen umverteilen!

Verschiedene Berechnungen von Forschungsinstituten listen die Einkom-menswirkungen der Parteiprogramme in-zwischen auf – und weisen dabei zugleich auf Steuerausfälle hin, von denen in den Programmen nicht die Rede ist. Gerechnet hat auch das ifo Institut aus München: Die größte Entlastung fürs Einkommen gäbe es, wenn die FDP durchregieren könn-te – je höher die aktuelle Belastung, desto höher der geplante Effekt. Die größte Ent-lastung für die untere Hälfte der Ein-kommensbezieher versprechen die Linken – sie wollen im Gegenzug bei den oberen Einkommen zulangten. Besonders knauserig erscheinen die Grünen. Die SPD will ziem-lich gleichverteilt Schecks ausfüllen (siehe Seite 20).

Krieg, Liebe, Wahlkampf

Es ist ein Kleinkrieg um Zahlen. Viel-leicht auch ein Propagandakrieg, der den Blick auf Wesentlicheres verstellt.

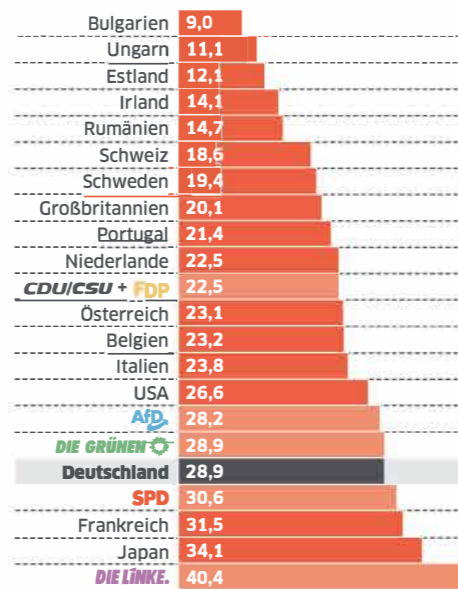
Frank Hechtner, der den Lehrstuhl für steuerliche Betriebswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlan-gen-Nürnberg (FAU) leitet, beteiligt sich diesmal nicht an So-wählt-Ihr-Geldbeutel-Berechnungen. Zu vage seien die steuer-politischen Aussagen, insbesondere der Union: „Deren Eiertanz um eventuelle Steuersenkungen geht gar nicht.“ Aber auch die SPD jongliere mit „ominösen“ Zahlen. Ärgerlich findet der FAU-Ökonom auch die aufgeregte Diskussion um den Solidaritätszuschlag: „Der Soli hat in der Gerechtigkeitsdebatte nichts zu suchen.“ Gerechtigkeit schaffen sei schließlich Sache des Einkommensteuertarifs.

Der Soli – immer noch ein Reizthema. Rechtlich handelt es sich um eine Ergänzungsabgabe, die offiziell dem Aufbau Ost diente und seit Anfang 2021 für rund 90 Pro-zent der Steuerzahler entfallen ist. Dass Uni-on und FDP für einen Restabbau bei den ver-bliebenden zehn Prozent eintreten, ist nichts weiter als ein Akt verspäteter Gleichbehand-lung. Doch SPD, Grüne und Linke deuten den Nachteilsausgleich flugs in eine Vorteilsge-währung um.

Im Krieg, in der Liebe und im Wahl-kampf scheinen alle Mittel erlaubt. Wen kümmern die Fakten? Alleinerziehende und Paare mit Kindern etwa: Sie schneiden seit 1998 am besten bei der Einkommensent-wicklung ab, auch wenn das Sozialingenieuren aller Couleur nicht ins Weltbild passt. Eine Auswertung des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) für die WirtschaftsWoche ergibt zudem: Wer Single ist, hat sich seit 1998 in Sachen netto am wenigsten verbessert.

Umverteilung wirkt also. Seit Jahren. Und viele Unternehmer fühlen sich als ihre Verlierer: „Es fehlt eine schützende Hand über dem deutschen Mittelstand“, sagt Ar-beitgeberpräsident Rainer Dulger: „Steuer-erhöhungen, Reichensteuer, Vermögensteu-er – damit radieren wir die Erfolgsformel ▶

WO DEUTSCHE UNTERNEHMEN INTERNATIONAL STEHEN (WERDEN)
Effektive Steuerlast 2020 (in Prozent)



Quelle: ZEW

FOTOS: VISUM/STEFAN BONESS, LAIF/JENS GYARMATY

Die sieben Flecken auf dem weißen Hemd

Kanzlerkandidat **Olaf Scholz** bewirbt sich als erfahrener Kapitän, der Deutschland sicher in die Zukunft steuert. Doch ein Blick auf seine Bilanz als Bundesfinanzminister offenbart eine Reihe von Fehlern und Versäumnissen.

TEXT CHRISTIAN RAMTHUN

Er ist der Mann, dem die deutschen Wählerinnen und Wähler vertrauen sollen: „Scholz packt das an“ prangt auf Plakaten, auf denen der Kanzlerkandidat der SPD um Stimmen wirbt. Olaf Scholz kümmert sich um die Wohnungsnot, um zwölf Euro Mindestlohn, um sichere Arbeit und Klimaschutz, er steht für „Respekt für Dich“ und „Kompetenz für Deutschland“. So weit die Werbespots. Die Bilanz des Bundesfinanzministers Olaf Scholz kommt nicht ganz so strahlend daher. Im Gegenteil. Verheißung und Wirklichkeit klaffen auseinander. Der Minister lässt Dokumente zur Cum-Ex-Steueraffäre unter Verschluss halten. Und vergangene Woche gab es eine Durchsichtung im Bundesfinanzministerium im Zusammenhang mit Geldwäsche. Dunkle Flecken auf Scholz' Blütenweißem Hemd. Und auch sonst ist seine Bilanz nicht wirklich berauschend. Auf der Habenseite darf man den anfänglichen Willen verbuchen, als Ich-bin-ein-deutscher-Finanzminister wie sein Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt gesorgt zu haben. Bis zur Coronakrise. Doch um einige Felder in seinem Ressort kümmerte sich Scholz zu wenig, zu lieblos, nicht richtig.

Digitalisierung

Die Finanzverwaltung krankt seit Langem an einer föderal zersplitterten Softwarelandschaft. Eine einheitliche IT soll dafür sorgen, dass der Fiskus sicher und reibungslos rund 800 Milliarden Euro jährlich an Steuern einnehmen kann, und dass Trickser nicht durch die föderalen Maschen flutschen. Doch das Projekt „Konsens“ dauert. Inzwischen rechnet der Bundesrechnungshof mit der Vollendung von Konsens im Jahr 2029, nach mehr als 22 Jahren Entwicklungszeit. Die Federführung hat das Bundesfinanzministerium.

Finanztransaktionsteuer

Eine Steuer auf Spekulationsgeschäfte an der Börse ist eine Herzensangelegenheit für die Sozialdemokratie. Immer wieder verkün-

dete Scholz, die Finanztransaktionsteuer (FTT) werde in den nächsten Monaten eingeführt. Doch mehr als zehn Jahre nach ihrer ersten Ankündigung (damals war Schäuble gerade Finanzminister geworden) können sich die zehn eigentlich willigen EU-Staaten noch immer nicht einigen.

Globale Mindestbesteuerung

Stattdessen treibt Scholz mit ganzer Kraft die Idee einer globalen Mindestbesteuerung voran. Im Juli dieses Jahres gab es prachtvolle Bilder vom G20-Treffen in Venedig, wo die Finanzminister deren Einführung symbolisch

Licht – und Schatten
Das Bundesfinanzministerium
– seit Jüngstem auch
Schauplatz von Razzien

800

Milliarden Euro nimmt der deutsche Fiskus derzeit jährlich an Steuern ein doch eine einheitliche Finanz-IT gibt es bis heute nicht

beschlossen. Die Details fehlen aber noch. Fest steht bereits: Es wird kompliziert, ärmere Länder profitieren wenig, auch Deutschland bekäme kaum etwas vom erhofften Steuerseggen ab. Steuerparadiese wie die Niederlande und Luxemburg atmen auf.

Finanzmarktaufsicht

Beim Zusammenbruch der Wirecard AG bekleckerte sich das Bundesfinanzministerium nicht mit Ruhm. Blind standen die Ministerialbeamten an der Seite der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Erst als die Megapleite geschah, begann Scholz sich um die völlig überforderte Behörde zu kümmern.

Geldwäschebekämpfung

Ungeliebt blieb auch die Financial Intelligence Unit (FIU), die ebenfalls unter der Rechtsaufsicht des Finanzministers steht. Die FIU war und ist überfordert bei der Aufgabe, substantielle Geldwäscheverdachtsmeldungen unverzüglich an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Am kommenden Montag soll Scholz in einer Sondersitzung des Finanzausschusses Rede und Antwort stehen.

Bundesimmobilien

Der Bund besitzt Immobilien in ganz Deutschland. Scholz wollte die Schätze der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für eine Wohnungsbauoffensive nutzen, installierte extra seinen früheren Leiter der Senatskanzlei in Hamburg an der Bima-Spitze. Doch viel erreicht wurde offenbar nicht, verkündbare Erfolge blieben jedenfalls aus.

Steuertricks

Nicht nur bei der Aufarbeitung des Cum-Ex-Steuerskandals rund um die Hamburger Warburg Bank spielt Scholz auf Zeit. Auch bei der Umsetzung der europäischen Anti-Steuervermeidungsrichtlinien ließ der Minister Jahre ins Land gehen – und kassierte dafür gleich zwei Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission.

unseres Landes aus“ (siehe Interview Seite 32). Keine Einzelmeinung.

Wertschätzung seitens der Politik? Gering. Perspektiven? Schlecht. Die Westerwälder Unternehmerin Susanne Szczesny-Oßing ist „geplättet von der Farblosigkeit, mit der sich die Kanzlerkandidaten um unsere Zukunftsthemen kümmern“.

Eigentlich hat sie gerade gar keine Zeit für die Bundespolitik in Berlin. Als Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Koblenz beteiligt sich Szczesny-Oßing am Wiederaufbau im flutzerstörten Ahrtal. 17 000 Menschen haben ihr Hab und Gut verloren, viele Schulen sind zerstört, auch berufliche Existenzen. Und doch lässt sie die Bundespolitik nicht los. Seit Jahren nähmen bürokratische Gängelung und Abgabenlasten für Unternehmen zu, sagt die Kammerpräsidentin, die für knapp 100 000 Unternehmen in der Region spricht. Aber in der Presse komme das so gut wie gar nicht vor, da gehe es um Lastenfahrräder, Plagiatsvorwürfe, noch mehr Umverteilung: „Wir sind fassungslos.“

Ginge es nach ihr, müsste die Steuer- und Wirtschaftspolitik bei den Parteien Priorität genießen – zugunsten der mittelständisch geprägten Wirtschaft: „Wir steuern rasend schnell auf eine Abbruchkante zu, wo unsere Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren.“

Szczesny-Oßing entstammt einer Unternehmerfamilie. Ihr Großvater gründete 1957 eine Produktion für Gleichrichter, heute bietet die EWM AG mit ihren mehr als 700 Mitarbeitern weltweit Schweißtechnologie an. Einer der größten Wettbewerber sitze in Österreich: „Für Unternehmer ein Paradies.“ Niedrigere Ertragsteuern als hierzulande, wede Erbschaft- noch Vermögensteuern, eine Willkommenskultur mit Kusshand für alle, die Arbeitsplätze schaffen wollen.

Vor allem auf innovative Unternehmen hat es die Regierung in Wien abgesehen,

„Ich bin geplättet von der Farblosigkeit, mit der sich die Kandidaten um unsere Zukunft kümmern“

SUSANNE SZCZESNY-OSSING
Unternehmerin

lockt mit einer großzügigen steuerlichen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Szczesny-Oßing zieht einen Zettel hervor. 14 Prozent Forschungsprämie steht darauf, auf alle Aufwendungen, keine Höchstgrenze. Tu felix Austria!

Und Deutschland? Bundesfinanzminister Scholz hat nach langem Ringen zugestanden, dass nach einem komplizierten zweistufigen Antragsverfahren (nur Personalkosten in der Forschung gefördert werden dürfen – bei einer Höchstförderung von 500 000 Euro pro Unternehmen.

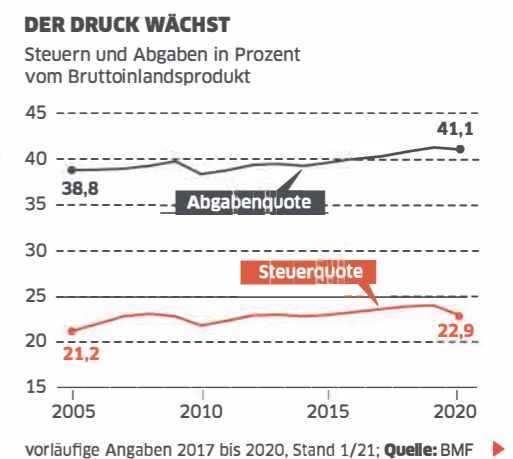
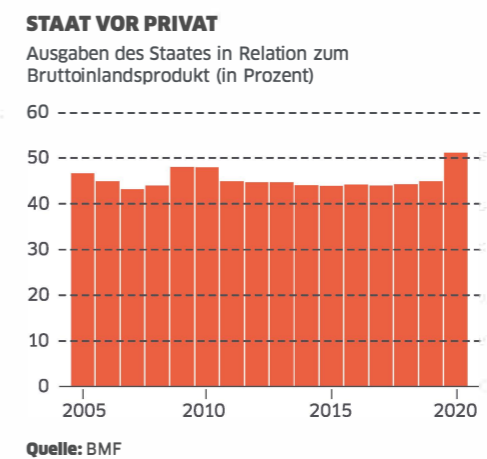
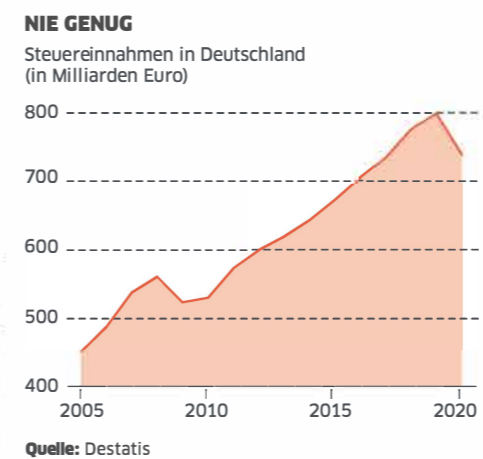
„Das sind schon Riesenunterschiede“, sagt Szczesny-Oßing. Sie beobachtet „einen stillen Exodus von Entwicklungslaboren und Family Offices“ ins Nachbarland.

Der Lack ist bald ab

Wundern muss man sich darüber nicht. Deutschland sei im internationalen Standortwettbewerb zurückgefallen, bemerkt Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ beim ZEW in Mannheim: „Seit der letzten Unternehmenssteuerreform 2009 steigt die Belastung wieder schleichend an.“

Zwar hielt sich der Bund während der vergangenen Jahre zurück. Allerdings langten die Kommunen umso mehr zu und erhöhten die Hebesätze bei der ihnen zustehenden Gewerbesteuer teils kräftig. Seit 2010 stiegen die Einnahmen bis 2019 um 55 Prozent auf mehr als 55 Milliarden Euro. Und natürlich geht das nicht nur auf Kosten „der Wirtschaft“, sagt Heinemann: Auch die Mitarbeiter bezahlten die Lasten, mit einem niedrigeren Lohnniveau.

Trotzdem spielen die Unternehmenssteuerpläne der Parteien im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Es läuft ja, irgendwie. Die Wirtschaft brummt, trotz Corona. Der Arbeitsmarkt boomt – alles klar auf der Andrea



Doria! Alles klar? Der Passagierdampfer sank 1956 im Atlantik, weil das flotte Schiff hinter der glänzenden Fassade gravierende konstruktive Mängel aufwies und nach einer Kollision rasch Schlagseite bekam.

Heinemann hat zusammen mit ZEW-Kollegen für die Stiftung Familienunternehmen die Ideen der Parteien auf ihre Folgen für den Standort Deutschland analysiert. Im Referenzjahr 2020 lag demnach die effektive Durchschnittsbelastung für Kapitalgesellschaften hierzulande bei 28,9 Prozent (siehe Tabelle Seite 16). Nur wenige Länder kassieren noch mehr, etwa Japan und Frankreich, wobei Paris gerade eine deutliche Senkung auf 25 Prozent vornimmt. Länger ist die Liste der attraktiveren Länder. In Ungarn kommen Unternehmen laut ZEW auf eine effektive Steuerlast von 11,1 Prozent, getoppt von Bulgarien mit neun Prozent. In Polen und Tschechien sind es 16 Prozent.

Aber auch west- und nordeuropäische Länder mit vergleichbar guter Infrastruktur und qualifizierten Arbeitskräften unterbieten das deutsche Niveau: die Niederlande (22,5 Prozent), Dänemark (19,8), Schweden (19,4) und die Schweiz (18,6) haben einen beachtlichen Fiskalappeal. Mit einer nomi-

„Im Fall von Rot-Grün-Rot droht die Schlimmste aller Steuern“

THOMAS BAUER
Unternehmer

WAS DIE WAHLPROGRAMME FÜR PORTEMONNAIE BEDEUTEN (KÖNNTEN)

Plus und Minus beim Einkommen bei vollständiger Umsetzung der Steuervorschläge in Euro

| | Status quo | FDP | DIE GRÜNEN | DIE LINKE. | SPD | CDU/CSU |
|---|------------|------|------------|------------|-----|---------|
| Gesamt | 38141 | 2101 | 66 | 722 | 314 | 609 |
| Nach Haushaltstyp | | | | | | |
| Alleinstehend | 25220 | 1114 | 28 | 310 | 164 | 335 |
| Alleinerziehend | 31621 | 932 | 54 | 585 | 161 | 279 |
| Paar ohne Kinder | 47012 | 2652 | 104 | 1015 | 425 | 771 |
| Paar mit Kindern | 56577 | 3912 | 97 | 1278 | 531 | 1093 |
| Nach Anzahl der Kinder | | | | | | |
| Ohne Kinder | 34453 | 1766 | 60 | 608 | 275 | 520 |
| Ein Kind | 48689 | 3222 | 100 | 1201 | 471 | 914 |
| Zwei Kinder | 56177 | 3761 | 72 | 1075 | 472 | 1045 |
| Drei Kinder | 53338 | 2957 | 85 | 1136 | 411 | 805 |
| Vier und mehr Kinder | 48411 | 1628 | 119 | 1140 | 307 | 468 |
| Nach Einkommensdezil (äquivalenzgewichtet) im Status quo | | | | | | |
| 1. Dezil | 12120 | 69 | 24 | 167 | 40 | 33 |
| 2. Dezil | 19957 | 309 | 78 | 634 | 135 | 140 |
| 3. Dezil | 24633 | 626 | 112 | 1021 | 205 | 255 |
| 4. Dezil | 27728 | 933 | 128 | 1221 | 250 | 342 |
| 5. Dezil | 30739 | 1085 | 135 | 1268 | 275 | 374 |
| 6. Dezil | 35437 | 1488 | 158 | 1510 | 344 | 478 |
| 7. Dezil | 39012 | 1917 | 157 | 1545 | 399 | 549 |
| 8. Dezil | 46397 | 2848 | 177 | 1693 | 544 | 727 |
| 9. Dezil | 56936 | 4134 | 183 | 1476 | 746 | 935 |
| 10. Dezil | 94072 | 8067 | -477 | -3170 | 273 | 2374 |

Hinweis: Die Tabelle weist die Wirkungen auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen pro Jahr im Vergleich zum Status quo aus; **Quelle:** ifo Mikrosimulationsmodell

nalen Belastung von 25 Prozent, die Union und FDP nach der Wahl anstreben, könnte Deutschland aufschließen und eine effektive Belastung von 22,5 Prozent erreichen.

SPD-Kanzlerkandidat Scholz guckt aber lieber in Richtung USA und Großbritannien, wo die Regierungen die Steuersätze für Unternehmen anheben wollen. Ginge es nach der SPD, würde die Unternehmenssteuerlast laut ZEW um 1,7 Punkte auf 30,6 Prozent steigen. Bei der Linken wären es sogar gut 40 Prozent.

Davor kann Ulrich Dietz nur warnen. „Wir sind nicht mehr allein auf der Welt“, sagt der Gründer des IT Entwicklungs- und Beratungsunternehmens GFT, das weltweit 7000 Mitarbeiter beschäftigt. Heutige Unternehmen seien viel mobiler als noch vor 10 oder 20 Jahren, könnten schneller und rigoroser auf sich ändernde Standortbedingungen reagieren. Daher sei es nur allzu berechtigt, die Bundestagswahl als Richtungsentscheidung für Deutschland zu bezeichnen: „Was wollen wir? Wo wollen wir hin?“

Dietz wirkt wie ein Coach, der einem Klienten die Augen öffnen, Alternativen aufzeigen, auf Konsequenzen hinweisen will. Nur dass er Millionen Wähler anspricht. Für ihn geht es nicht um mehr oder weniger Umverteilung. Das findet er zu kurz gegriffen. Die große Frage laute: „Wollen wir das Industriemuseum der Welt werden oder wollen wir auch in der digitalen Welt Spitzenklasse bleiben?“ Unter den jetzigen Rahmenbedingungen seien deutsche Entrepreneurere jedenfalls nicht in der Lage, im Kampf gegen die chinesische oder amerikanische Techszene zu bestehen.

Träumen für Deutschland

Den Ruf als gelobtes Land hat Deutschland bei tatendurstigen jungen Menschen im Moment eher nicht. Würde sich seine Mutter heute für Deutschland entscheiden? Tao muss überlegen. Vor 35 Jahren kam sie für ihre Physikpromotion von Peking nach Berlin; er zog mit sechs hinterher. Und der Erstklässler von damals ist inzwischen ein Einhorn-Gründer: „GetYourGuide“ heißt das Berliner Reise-Start-up, dessen Wert auf mehr als eine Milliarde Euro taxiert wird. Und – würde es seine Mutter heute nach Deutschland ziehen? „Ich glaube, sie würde es sich sehr gut überlegen“, sagt Tao.

Warum? Eine Antwort erhält der 36-Jährige oft in Gesprächen mit Bewerbern aus dem IT-Bereich: „Amsterdam, Paris, Tel Aviv, New York und San Francisco, die Welt steht ihnen offen.“ Und wenn er den Aspiranten den Vertrag herrüberreicht, muss er quasi jedes Mal einen kleinen Crashkurs im deutschen Steuerrecht mitliefern – denn das ist für Start-ups durchaus speziell.

Klar, Einkommensteuer müssen seine Angestellten zahlen, und das nicht zu knapp im europäischen Vergleich. Noch dazu auf ein Gehalt, das wie bei vielen jungen Unternehmen nicht besonders üppig ausgestaltet ist. Dafür hätten viele Bewerber aus dem Ausland noch Verständnis, erzählt Tao: „Aber dass sich das Risiko dann für sie nicht mal lohnen soll, können viele Bewerber nicht mehr nachvollziehen.“

Mitarbeiterkapitalbeteiligung heißt das Lockmittel, mit dem Start-ups ihre Angestellten am Risiko und im Idealfall eben auch am Erfolg beteiligen. Der Deal: niedrigere Einstiegsgehälter gegen potenziell sehr hohe Gewinne im Erfolgsfall. Im Silicon Valley können junge Start-up-Angestellte damit zum Millionär aufsteigen, etwa nach einem erfolgreichen Börsengang. In Deutschland reicht es nur zu einem minimalen Cash-Bonus: Die Beteiligung ist hier ein steuerlicher Freibetrag; Finanzminister Scholz hat ihn zum 1. Juli von 360 Euro auf 1440 Euro pro Jahr angehoben, und das auch nur auf Druck der Unionsfraktion.

„Damit sind wir nicht wettbewerbsfähig“, sagt Tao – und unterstützt die FDP in diesem Wahlkampf mit einer Spende.

Immer wieder würden sich IT-Fachkräfte wegen der miserablen Risikobeteiligung gegen einen Job in Deutschland entscheiden. Komme demnächst noch die Vermögensteuer obendrauf, „wird das Gründen in Deutschland erst recht unattraktiv“, sagt Tao: Wie soll ein Start-up-Unternehmer, der anfangs nur Verluste schreibt, so eine Substanzsteuer zahlen?

Wie sehr Deutschland inzwischen abgehängt ist, bekommt Tao regelmäßig bei seinen Besuchen in der alten Heimat zu spüren. Europa sei in China nurmehr „bekannt fürs Reisen: Disneyland, Eiffelturm, Vatikan“, sagt Tao, aber „wenn’s um Unternehmen geht, vielleicht noch für Waschmaschinen, jedenfalls nicht für Suchmaschinen“.

Politik und Gesellschaft seien viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, „anstatt sich mit Deutschlands Zukunft in der vernetzten Welt zu beschäftigen“, sagt Tao: „Das ist aber gefährlich, denn viele große Industrienationen verfallen nicht wegen des internationalen Wettbewerbs, sondern weil sie zu sehr in sich gekehrt sind.“ Tao hofft, dass die nächste Regierung das Land so gestaltet, dass sich auch seine Mutter wieder für Deutschland entscheiden würde.

Die Aussichten dafür sind nicht wirklich gut, selbst wenn es nicht zu einem Linksbündnis kommen sollte. Jamaika? Ampel? Die gegenläufigen Interessen der Parteien in diesen Dreierbündnissen sprächen gegen eine konzise, zielgerichtete Politik – in welche Richtung auch immer.

Und noch eine „große“ Koalition unter Scholz oder Laschet? Nun, die würde garantieren, dass der Aufbruch für Deutschland warten muss.

Wieder einmal. ■

FOTOS: PR, PICTURE-ALLIANCE/JOCHEN TACK, GETTY IMAGES